

**Dienstvereinbarung
über die Ausgestaltung der Arbeitszeit
pädagogischer Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter an öffentlichen Schulen
(einschließlich der Internate und Wohnheime)
des Landes Sachsen-Anhalt (DVarbPM 2015)**

**Dienstvereinbarung
über die Ausgestaltung der Arbeitszeit pädagogischer Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter an öffentlichen Schulen (einschließlich der Internate und
Wohnheime) des Landes Sachsen-Anhalt (DVArbPM 2015)**

Präambel

Mit den nachfolgenden Regelungen soll dem Aufgabenprofil pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen Schulen (einschließlich der Internate und Wohnheime) sowie pädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit therapeutisch orientierten Förderaufgaben (PM-t) in Folge ihres Einsatzes an öffentlichen Schulen Rechnung getragen werden. Dem Wunsch von Beschäftigten nach individueller Teilzeitbeschäftigung soll grundsätzlich entsprochen werden.

§ 1**Geltungsbereich**

Diese Dienstvereinbarung gilt für die im Landesdienst beschäftigten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit therapeutisch orientierten Förderaufgaben (PM-t) an öffentlichen Schulen (einschließlich der Internate und Wohnheime) des Landes Sachsen-Anhalt.

§ 2**Ferienumlage**

- (1) In Folge der Aufteilung des Schuljahres in Unterrichts- und Ferienzeiten wird das in den Ferienzeiten nicht benötigte Arbeitsvermögen auf die Unterrichtszeiten verlagert (Ferienumlage). Dafür wird ein wöchentlicher Arbeitszeitkorridor im Sinne von § 6 Abs. 6 TV-L vereinbart.
- (2) Der Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit mit Ferienumlage (WAFU) in der Unterrichtszeit ergibt sich in Abhängigkeit von den gesamten Arbeitstagen eines Kalenderjahres (GJAT), der arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (RWA), den abzuleistenden Ferienarbeitstagen (FAT) und den Jahresarbeitstagen (JAT), auf die die Ferienumlage erfolgen kann, nach folgender Formel :

$$\text{WAFU} = (\text{GJAT} \times \text{RWA}) / (\text{JAT} + \text{FAT})$$

Das rechnerische Ergebnis wird auf die nächste halbe Stunde abgerundet. Die für die Jahre 2015 und 2016 errechneten Tabellen sind als Anlage 1 und 2 der Dienstvereinbarung beigelegt.

- (3) Das Kultusministerium wird für die nachfolgenden Jahre die Werte für die gesamten Arbeitstage eines Kalenderjahres (GJAT) und die Jahresarbeitstage (JAT) jeweils jährlich im ersten Quartal des Vorjahres aktualisieren und sie zusammen mit der aktuellen Tabelle im Schulverwaltungsblatt bekanntgeben.
- (4) Es sind mindestens sechs Ferienarbeitstage zu leisten, davon drei unmittelbar am Ferienende vor dem Schuljahresbeginn, die der Vorbereitung des Schuljahres dienen. Die Lage der weiteren Ferienarbeitstage und der Einsatz an diesen werden zum Beginn eines Schuljahres durch die Schulleitungen unter Beteiligung der Schulpersonalräte geregelt. Dabei ist die Teilnahme an Fortbildungen entsprechend zu berücksichtigen und zu planen.

§ 3

Urlaub, Zusatzurlaub

- (1) Der Erholungsurlaub nach § 26 TV-L ist grundsätzlich in der Ferienzeit zu gewähren. Kann der Urlaub aus von den Beschäftigten nicht zu vertretenden Gründen (u.a. Krankheit) nicht angetreten werden, ist der Erholungsurlaub unter Berücksichtigung schulischer Belange an Ferienarbeitstagen oder während der Unterrichtszeit zu gewähren.
- (2) Der Zusatzurlaub für schwerbehinderte Beschäftigte nach § 125 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ist nicht auf die Ferienzeit begrenzt. Wird der gesamte Zusatzurlaub auf Wunsch der Beschäftigten in der Ferienzeit genommen, verringert sich die wöchentliche Arbeitszeit mit Ferienumlage (WAFU) nach Anlage 1 für ein Jahr um eine Wochenstunde.

§ 4

Erörterungspflicht

Das Kultusministerium wird die über die Regelungen der Dienstvereinbarung hinausgehenden Arbeitsbedingungen in einem Erlass regeln. Zum Erlass und gegebenenfalls späteren Änderungen wird jeweils rechtzeitig das Benehmen mit dem LHPR hergestellt.

§ 5

Inkrafttreten, Kündigung

Diese Dienstvereinbarung tritt am 01.01.2015 in Kraft. Sie gilt bis zum Ende des Schuljahres 2016/2017 (31.07.2017) und verlängert sich danach stillschweigend um jeweils ein weiteres Schuljahr, wenn sie nicht unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Schuljahres (31.07.) schriftlich von einer der beiden Vertragsparteien gekündigt wird.

Es besteht Einigkeit darüber, rechtzeitig vor einer beabsichtigten Kündigung Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel, zu einer einvernehmlichen Änderung der Dienstvereinbarung zu kommen.

